

„Wetten, dass ich ein besserer Mensch bin?“ – Moralisierung als Problem für den demokratischen Diskurs?

Thomas Gottschalk beendete seine letzte Sendung „Wetten, dass...?“ im November 2023 mit den Worten: „Inzwischen rede ich zu Hause anders als im Fernsehen, das ist auch nicht schön“. Die dahinter liegende Furcht vor der öffentlichen Meinung gegenüber der eigenen findet sich auch in Diskursen über den Angriffskrieg Russlands, die Klimakrise, den Nahost-Konflikt sowie das Gendern und weiteren politischen Themen. Grund dafür ist, dass in solchen Debatten wertebasierte und folglich nicht zu diskutierende Standpunkte vertreten werden. Hier kommt es zu einem Schwarz-Weiß-Denken, das schwer mit einer pluralistischen Debattenkultur zu vereinen ist. Gegner:innen der eigenen Meinung werden herabgesetzt, scharf kritisiert oder ausgegrenzt. Im Diskurs zu den Themen gestaltet sich eine kollektive Meinungsbildung somit zunehmend schwieriger. Kurzum: Es wird moralisiert. Merkel definiert Moralisation als „[...] eine selbstgerechte Stilisierung der eigenen moralischen Position, um eine andere moralische Position herabzusetzen“.¹ Es werden also nicht nur sachliche Argumente in Frage gestellt, sondern die Legitimität ihrer Standpunkte. In der Folge werden Personen, die diese einnehmen, diskreditiert. So wird jede Chance für konstruktiven Austausch und einen kompromissorientierten Willensbildungsprozess verhindert.

Moralismus und Demokratie

Können wir darin eine Krise oder Gefahr für unseren politischen Diskurs und die Demokratie Deutschlands erkennen? Diese Frage setzt mehr als eine minimale Demokratiedefinition voraus, nach der

sich eine Demokratie allein durch freie und faire Wahlen auszeichnet². Im Folgenden verwenden wir ein Konzept von Demokratie, in der deliberative Elemente in Form eines freien und pluralistischen politischen Diskurses für eine Demokratie konstitutiv sind. Ein Erodieren des freien Diskurses führt hiernach zum Erodieren der Demokratie selbst. Nicht wenige Menschen sehen in Deutschland vor diesem Hintergrund eine ‚Cancel Culture‘ am Werk, die auf Basis von Moralisation polarisierende Menschen auf illegitime Weise „cancelt“, sprich systematisch herabwürdigt und ausschließt. Anders als der Cancel-Culture-Vorwurf es formuliert, ist eine vollständige Exklusion aus dem politischen Diskurs kaum auszumachen. Im Gegenteil: Den sehr präsenten Klagen über Cancel Culture im medialen Diskurs steht entgegen, dass eben jener Diskurs die verurteilten Meinungen und jene Klagen selbst, medial abbildet und sie somit nicht ausschließt. Vermeintlich tabuisierte Kritik, beispielsweise an Migration, findet hier große Präsenz. Ein tatsächlicher Ausschluss aus dem Diskurs kann dank starker Grundrechte kaum erfolgen und könnte aufgrund neuer digitaler Medien, die nahezu allen Meinungen Raum geben, auch nicht einfach durchgesetzt werden. Der Vorwurf der Cancel Culture stellt vielmehr eine subjektive Interpretation der Art und Weise dar, wie ein Diskurs geführt wird³ und zielt vielfach auf die Angst vor sozialer Exklusion aufgrund diskursgefährdender Moralisation ab. Wenn es die Cancel Culture geben sollte, könnte das problematische Folgen haben. Gewisse Meinungen werden durch Ausschluss aus sozialen

1 Merkel, Wolfgang (2021): Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisation und die Demokratie im 21. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 71 (26-27), S. 4-11.

2 Ebd.: S. 9

3 Ebd.

Kreisen aufgrund moralisierender Herabwertung und Distanzierung weniger sichtbar. Die subjektive Angst vor den Folgen von Cancel Culture oder sozialer Exklusion kann weiterhin zum Phänomen der *Schweigespireale*⁴ führen. Damit wird die Wahrnehmung von Personen beschrieben, nicht Teil der Mehrheitsmeinung zu sein und sich im Folgenden aus dem öffentlichen Diskurs zurückzuziehen. Dabei müssen diese Personen nicht de facto, sondern nur empfundenermaßen Teil der Meinungsminorität sein. Moralisation würde demnach dazu führen, dass bestimmte einzelne Meinungen den Diskurs dominieren. Zwar könnte soziale Exklusion oder die Angst davor den freien Diskurs einschränken, aber faktisch bleibt festzustellen, dass die politischen Rechte auf Partizipation und freie

Meinungsäußerung unberührt bleiben und letztlich niemand für seine Meinung von politischer Partizipation ausgeschlossen wird. Daran anschließend ist zu fragen, ob menschliche Interaktion im Allgemeinen überhaupt ohne soziale Sanktionsmechanismen denkbar ist. Widerspruch im Diskurs und das Bedürfnis, sich abzugrenzen stellt noch kein „canceln“ dar, sondern ist normaler Bestandteil demokratischer Willensbildungsprozesse. Als problematisch zu erachten ist hingegen, dass die „Nichtanerkennung der Legitimität der Argumente der politischen Konkurrenten [und] deren Herabwürdigung [...]“⁵, sprich, die Moralisation, im Verlauf politischer Debatten dazu beiträgt, Polarisierung zu fördern und somit als Katalysator für selbige zu wirken.

4 Pürer, Heinz (2014). Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK.

5 Jun, Uwe (2021): Im Zeichen von Pandemie und Populismus, in: Bürger & Staat 4. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 190-196.